



Presseinformation

Wien, am 16. Juni 2006

Einkommensverteilung unter dem Einfluss der Globalisierung

Moderates Lohnwachstum und ein Rückgang der Lohnquote sind in Industrieländern weit verbreitete Phänomene, denen sich auch die Österreichische Volkswirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht entziehen konnte. Entgegen der oft verbreiteten Meinung ist damit jedoch keine Umverteilung der verfügbaren Einkommen zu Ungunsten der Arbeitnehmer verbunden. Bei sinkender Lohnquote war in den vergangenen acht Jahren keine Ausweitung der Einkommensungleichheit in Europa zu diagnostizieren. Österreich weist laut einer aktuellen Studie im EU-Vergleich eine der niedrigsten Einkommensungleichheiten aus.

Auch in der mittleren Zukunft wird sich der Trend zu moderaten Lohnzuwächsen und einer fallenden Lohnquote fortsetzen. Die Lohnpolitik bleibt gefordert, sich den geänderten Rahmenbedingungen zu stellen. Als Vorschlag zur Verbesserung der bisher vorbildlichen österreichischen Lohnpolitik empfiehlt das IHS, bei den Lohnabschlüssen vermehrt auf die betrieblichen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen.

Lohnquoten im internationalen Vergleich

Seit mittlerweile fünfundzwanzig Jahren ist in Österreich ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils der Lohn- und Gehaltssumme am Volkseinkommen – in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird diese Kennziffer als “Lohnquote” bezeichnet – zu beobachten. Verbunden mit diesem Trend war eine moderate Reallohnentwicklung, die seit Mitte der 90er Jahre nur mehr zu einem mäßigen Anstieg der Realeinkommen der erwerbstätigen Bevölkerung geführt hat.

Wiederholt haben Beobachter diese Entwicklung kritisch beurteilt und darauf hingewiesen, dass damit eine schleichende Einkommensumverteilung zu Ungunsten der Arbeitnehmerschaft verbunden sei und in der Folge die gesamtwirtschaftliche Kaufkraft nachhaltig unterhöhlt werde. Die zurückhaltende Lohnpolitik in Österreich habe diese schädliche Entwicklung zusätzlich verstärkt und führe in letzter Konsequenz zu einer Abwärtsspirale aus sinkender Kaufkraft, geringer Gesamtnachfrage und steigender Arbeitslosigkeit.

Die geschilderte Entwicklung ist allerdings kein österreichisches Spezifikum, sondern spiegelt vielmehr langfristige, in allen Industrieländern feststellbare, Tendenzen wider. Das Reallohnwachstum war in Österreich in den 70er Jahren außerordentlich hoch und ist danach schrittweise gesunken. Auch in den USA ist ein Rückgang des Reallohnwachstums bis Mitte der 80er Jahre zu diagnostizieren. Erst seit Mitte der 90er Jahre ist ein kräftiger Anstieg der US-Reallöhne zu verzeichnen. Im Euroraum stagnieren die Reallöhne seit 1993. Ein internationaler Langzeitvergleich der Lohnquoten in Industrieländern zeigt, dass in den 70er Jahren weltweit ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war, der von einem kontinuierlichen Rückgang in den folgenden drei Jahrzehnten abgelöst wurde. Die Lohnquote Österreichs liegt dabei über dem internationalen Durchschnitt, folgt allerdings dem skizzierten Zeitverlaufsmuster. Es ist also angesichts des international zu diagnostizierenden schwachen Reallohnwachstums kaum verwunderlich, dass in der Bevölkerung Unzufriedenheit über die Einkommenssituation zu bemerken ist. Es ist aber festzuhalten, dass die weltweiten Rahmenbedingungen offensichtlich keine Alternativen zu diesem Zustand bieten.

Vielmehr ist zu betonen, dass die Gewährleistung des gegenwärtigen Wohlfahrts- und Reallohniveaus lediglich durch die anhaltend hohe Investitionstätigkeit in den physischen Kapitalstock abgesichert werden kann. Die Kapitalausstattung ist in allen Industriestaaten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen, was in der Folge auch zu einem entsprechenden Anteil des Kapitaleinkommens am Volkseinkommen resultiert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Entlohnung der Kapitaleinheit – gemessen am Realzinssatz – im vergangenen Jahrzehnt sogar außerordentlich niedrig war. Der weltweite Rückgang der Lohnquoten ist demnach die logische Folge kräftiger Investitionstätigkeit. Untersuchungen der OECD haben bestätigt, dass ein signifikanter Teil des Sinkens der Lohnquote in den Industriestaaten auf die veränderte sektorale Struktur zurückzuführen ist – jene Sektoren mit hohem Kapitalanteil haben in den OECD Ländern an Bedeutung gewonnen. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ist zu bemerken, dass die Höhe der Lohnquote von den jeweiligen Rahmenbedingungen – Kapitalausstattung, Produktionstechnologie, Lohnbildung – abhängig ist und lediglich bei Konstanz dieser Faktoren auch eine stabile Quote zu erwarten ist. Wie die empirische Evidenz zeigt, sind langfristige Schwankungen der Lohnquote nichts Ungewöhnliches.

Relevant ist die Fragestellung, inwieweit Veränderungen der Lohnquote zu einer Verschärfung der Einkommensungleichheit in den Ökonomien beitragen.

Die Verteilung der Einkommen

Zur seriösen Beurteilung der Einkommenssituation von einzelnen Personen wird üblicherweise das verfügbare Haushaltseinkommen herangezogen. Auf europäischer Ebene wurde in den vergangenen zehn Jahren ein weitgehend vergleichbarer Datenpool erstellt, der sowohl Ländervergleiche, als auch Entwicklungen über die Zeit abzubilden vermag.

In einer internationalen Studie unter Beteiligung einer IHS-Mitarbeiterin wurde die Einkommensverteilung in den EU-15 Mitgliedstaaten für das Jahre 1998 näher beleuchtet. Es zeigt sich, dass die Spreizung der Bruttoeinkommen in allen Mitgliedstaaten – gemessen am Gini-Koeffizienten¹ – hoch ist, allerdings zwischen den einzelnen Ländern keine wesentlichen Abweichungen zu erkennen sind. Mittels Steuern und Abgaben sowie monetärer Transfers kommt es allerdings in allen Staaten zu erheblichen Umverteilungswirkungen, die zu einer signifikanten Nivellierung der Einkommensunterschiede auf Haushaltsebene führen. Auffällig ist ferner, dass die Streuung der Netto-Einkommensunterschiede zwischen EU-Mitgliedstaaten deutlich höher als jene der Brutto-Einkommensunterschiede ist. Österreich ist im EU-Vergleich eines der erfolgreichsten Länder, was den Ausgleich von Einkommensunterschieden durch das Steuer-Transfer-System anbelangt.

Gini-Koeffizient

Zeit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU 15	29	29	29	29	:	30	30
Belgien	27	29	30	28	:	28	26
Dänemark	:	21	:	22	:	25	24
Deutschland	25	25	25	25	29	28	28
Griechenland	35	34	33	33	:	35	33
Spanien	34	33	32	33	31	31	31
Frankreich	28	29	28	27	27	27	28
Irland	34	32	30	29	:	31	32
Italien	31	30	29	29	:	:	33
Luxemburg	26	27	26	27	:	28	26
Niederlande	25	26	29	27	27	27	:
Österreich	24	26	24	24	:	27	26
Portugal	37	36	36	37	:	:	38
Finnland	22	24	24	27	26	26	25
Schweden	:	22	:	24	23	:	23
Vereinigtes Königreich	32	32	32	35	35	34	:

Quelle: bis 2002: ECHP, ab 2003: EU SILC

¹ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß für Verteilungsgleichheit. Sein Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 (bzw. 0 und 100 Prozent) annehmen. Je näher an 1 der Gini-Koeffizient ist, desto größer ist die Ungleichheit.

Basierend auf den Rohdaten, die von Eurostat publiziert werden, kann weiters die Entwicklung im Zeitverlauf analysiert werden. Die Eurostat Daten (ECHP, EU-SILC) bestätigen die ausgezeichnete Position Österreichs im EU-Vergleich. Seit 1998 hat sich die Verteilung der Nettoeinkommen auf EU-Ebene kaum verändert. Stabil ist auch die Positionierung Österreichs als Mitgliedstaat, der deutlich unterdurchschnittliche Einkommensungleichheit aufweist.

Perspektiven für die Zukunft

Angesichts globaler Trends ist absehbar, dass die seit geraumer Zeit beobachtete Tendenz zu moderatem Reallohnwachstum und einem Rückgang der Lohnquote auch in der nahen bis mittleren Zukunft anhalten wird. Die Ursache liegt in der Fortsetzung der kräftigen Investitionstätigkeit, die dazu beiträgt, dass ein nachhaltiges Wachstum des Wohlstands erreicht werden kann. Auch in Österreich bestätigt das Nebeneinander von hohen Produktivitätsfortschritten bei stabiler Beschäftigung in der Industrie, dass über Investitionstätigkeit Arbeitsplätze und hohe Löhne in Österreich erhalten werden können.

Zu beachten ist zudem, dass die jüngere Vergangenheit von einer anhaltenden Konjunkturschwäche in Österreich geprägt war, die nunmehr überwunden scheint. Die Voraussetzungen für ein mittelfristig stärkeres Reallohnwachstum scheinen deshalb gegeben, auch wenn dies nicht unmittelbar den Trend einer fallenden Lohnquote stoppen wird. Das Steuer- und Transfersystem in Österreich gewährleistet eine der gleichmäßigsten Nettoeinkommensverteilungen in der Europäischen Union. Die Lohnpolitik spielt diesbezüglich eine entscheidende Rolle.

Die österreichische Lohnpolitik hat sich im internationalen Vergleich einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Sie ist weiterhin integraler Bestandteil der erfolgreichen österreichischen Wirtschaftspolitik.

Lange Zeit galt die Orientierung der Lohnabschlüsse an der Produktivitätsentwicklung als ein ungeschriebenes Gesetz der österreichischen Lohnpolitik. Wie die jüngere Vergangenheit lehrt, hat sich dieser Zugang als nicht haltbar erwiesen: Um zu vermeiden, dass marginale Unternehmen mit niedrigem Produktivitätswachstum vom Markt verdrängt werden, haben die Sozialpartner bei Lohnabschlüssen regelmäßig Abschlüsse von einem Lohnzuwachs ausgehandelt, der sich bei strikter Einhaltung der Regel: Lohnzuwachs = Produktivitätswachstum + Inflationsrate ergeben hätte. Dieser Abschlag schien notwendig, um die Arbeitslosigkeit nicht zu erhöhen. Die genaue Höhe des Abschlags blieb aber unbestimmt und weitere Innovationen in der Lohnpolitik werden notwendig sein, um das vorbildliche Funktionieren der österreichischen Lohnbildung auch in der Zukunft zu gewährleisten.

Diesbezüglich weist das Institut darauf hin, dass Unternehmensgewinne in der Rezession eine weitaus größere Streuung aufweisen als in der Hochkonjunktur. Orientieren sich Lohnabschlüsse folglich an einem gesamtwirtschaftlichen bzw. branchenüblichen *durchschnittlichen* Produktivitätsfortschritt werden zahlreiche Unternehmen in Schwierigkeiten kommen. Das Auftreten von Pleitenrekorden in der jüngeren konjunkturellen Schwächephase ist ein Indiz für die Bedeutung dieses Phänomens.

Zentrale Herausforderung in der österreichischen Lohnpolitik ist daher – besser als in der Vergangenheit – auf die Lage der individuellen Unternehmen einzugehen. In jüngster Vergangenheit wurde wiederholt ein alter Vorschlag von verschiedenen Seiten in die Diskussion eingebracht, die Gewinnsituation des einzelnen Unternehmens bei der Lohnbildung zu berücksichtigen. Das IHS empfiehlt diesen Gedanken in einzelnen Pilotversuchen aufzugreifen. Eine Einführung dieses Ansatzes wäre dabei schrittweise zu verfolgen und müsste mit entsprechenden Kontrollrechten der jeweiligen Betriebsräte verbunden sein. Das Potenzial eines derartigen Zugangs liegt darin, dass die einzelnen Unternehmen besser gegen wirtschaftliche Schocks immunisiert werden. Das Argument, dass durch eine Gewinnabhängigkeit der Löhne eine partielle Risikoübertragung an den Arbeitnehmer erfolgt, wird dadurch abgeschwächt, dass dem Arbeitnehmer die Möglichkeit des Arbeitsplatzwechsels offen steht. Auch gegenwärtig trägt der Arbeitnehmer das Unternehmerrisiko teilweise mit, weil er bei Misserfolg seines Unternehmens seinen Arbeitsplatz verlieren kann.

Angesichts globaler Herausforderungen muss sich auch die österreichische Lohnbildung ständig neu bewähren. Das IHS empfiehlt daher innovative, auf betrieblicher Ebene ansetzende Komponenten verstärkt in Betracht zu ziehen. Dies kann einen wirksamen Beitrag zur weiteren Verbesserung der vorbildlichen sozialpartnerschaftlichen Lohnpolitik in Österreich leisten.

Rückfragehinweis:

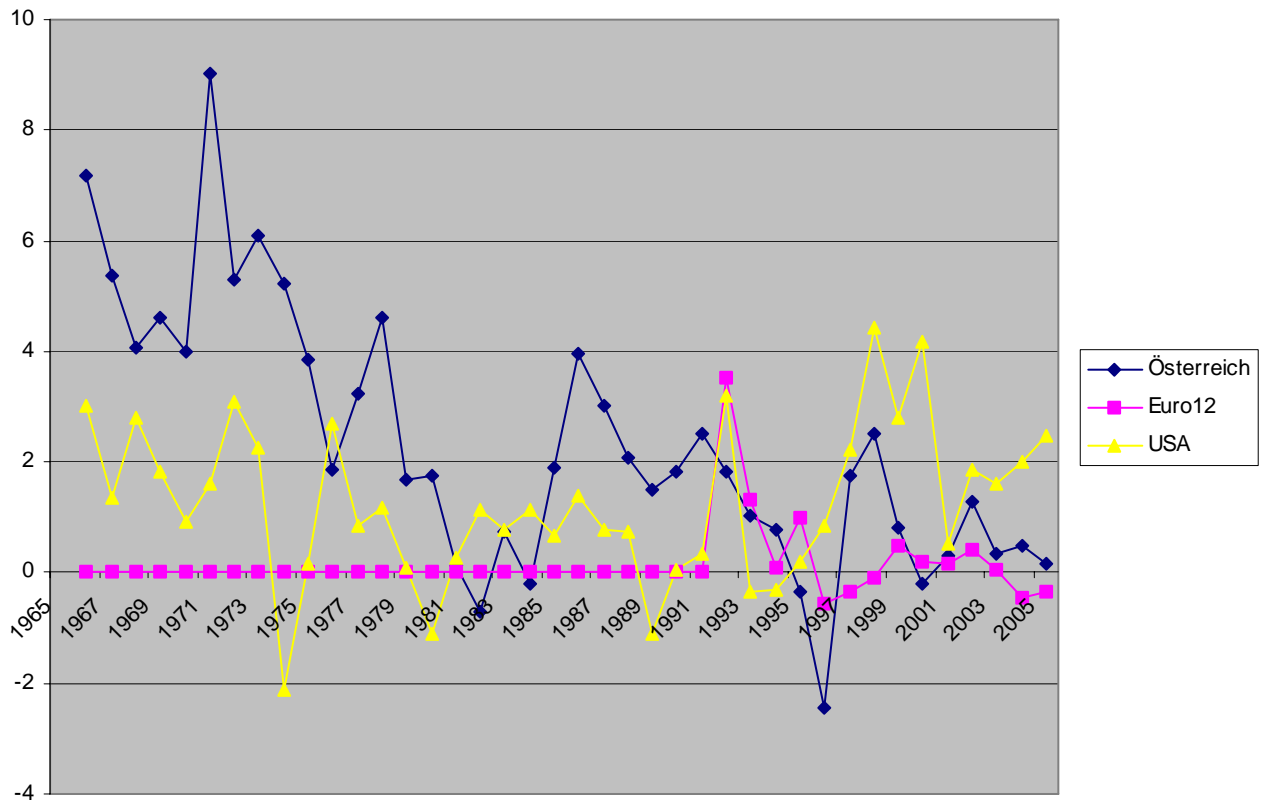
IHS, Stumpergasse 56, 1060 Wien, Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer, felderer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125

Dr. Ulrich Schuh, schuh@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-148

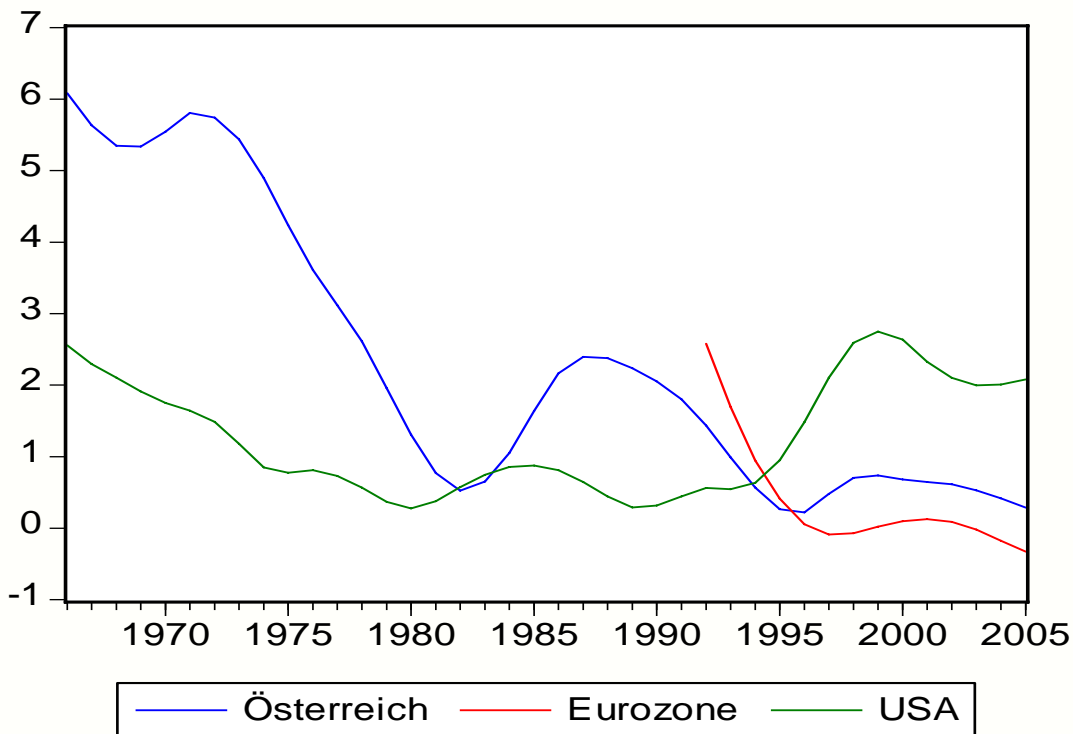
Tanja Gewis (Public Relations), gewis@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-122

Langfristige Reallohnentwicklung, ungefilterte Zeitreihen



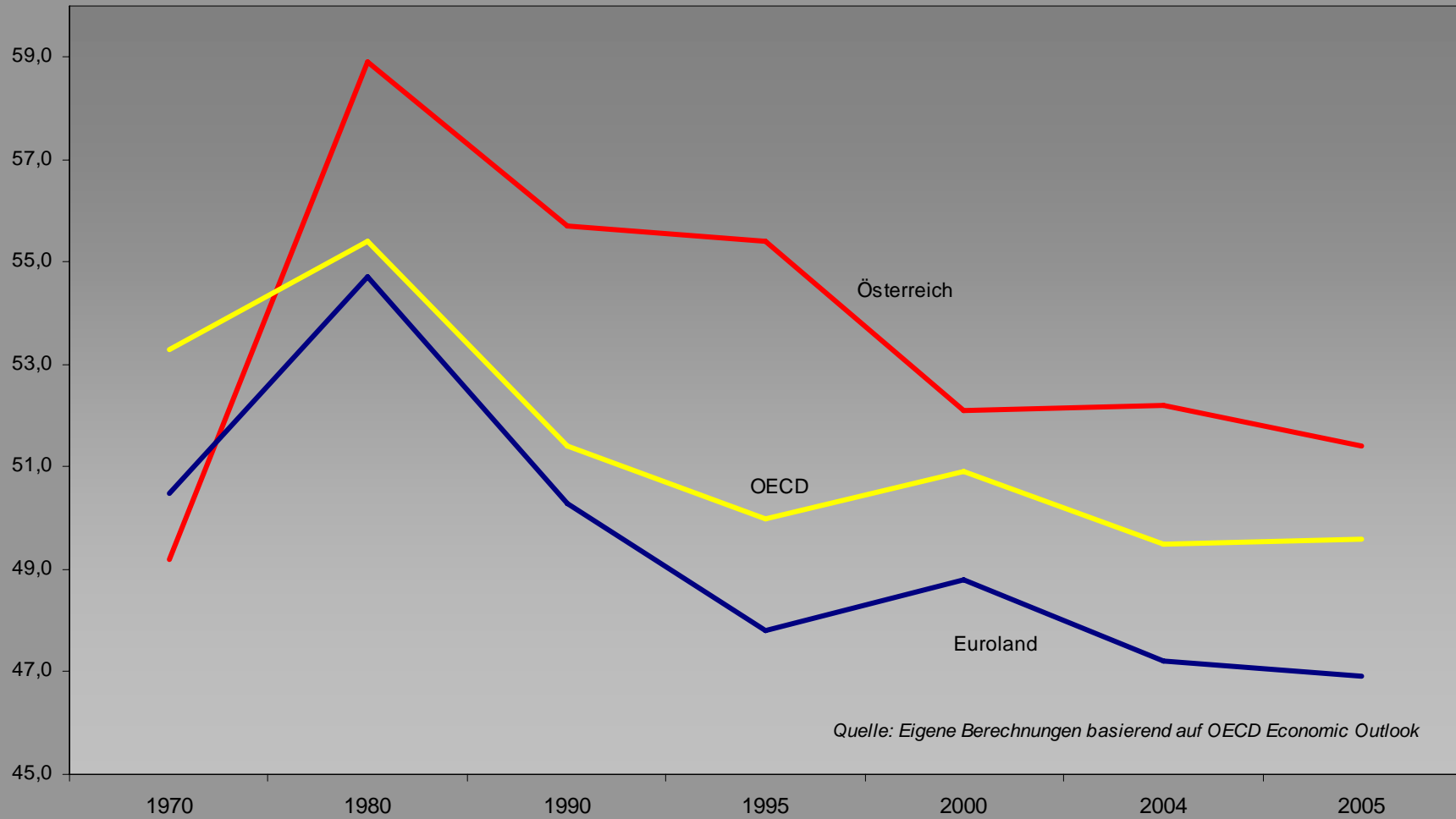
Quelle: OECD, Economic Outlook DB, eigene Berechnungen

Langfristige Reallohnentwicklung gefilterte Zeitreihen



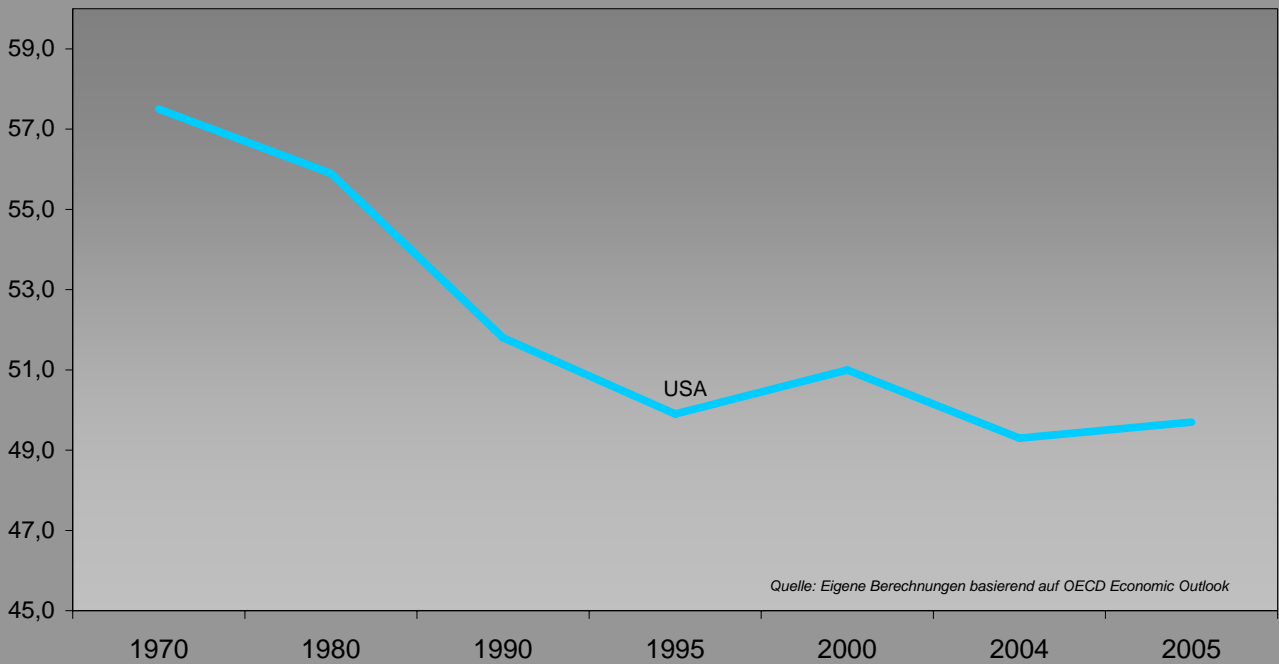
Quelle: OECD, Economic Outlook DB, eigene Berechnungen

Lohnquote im internationalen Vergleich *privater Sektor*

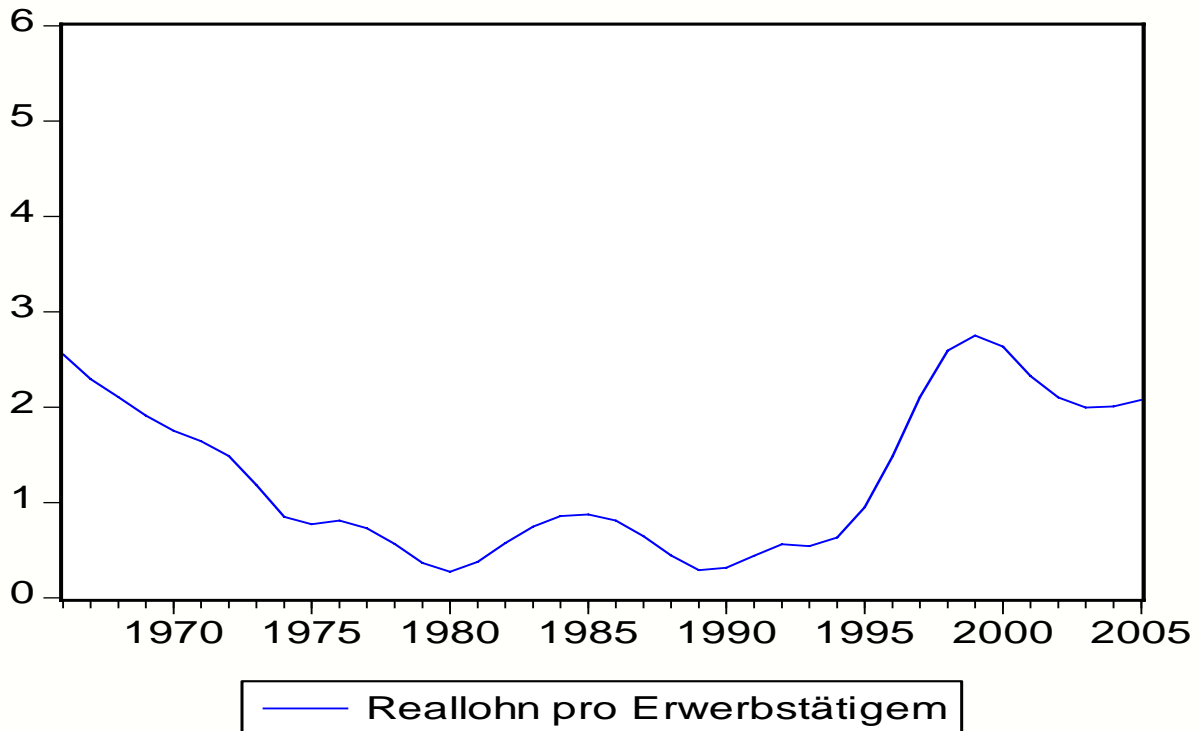


Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf OECD Economic Outlook

Lohnquote in den USA privater Sektor

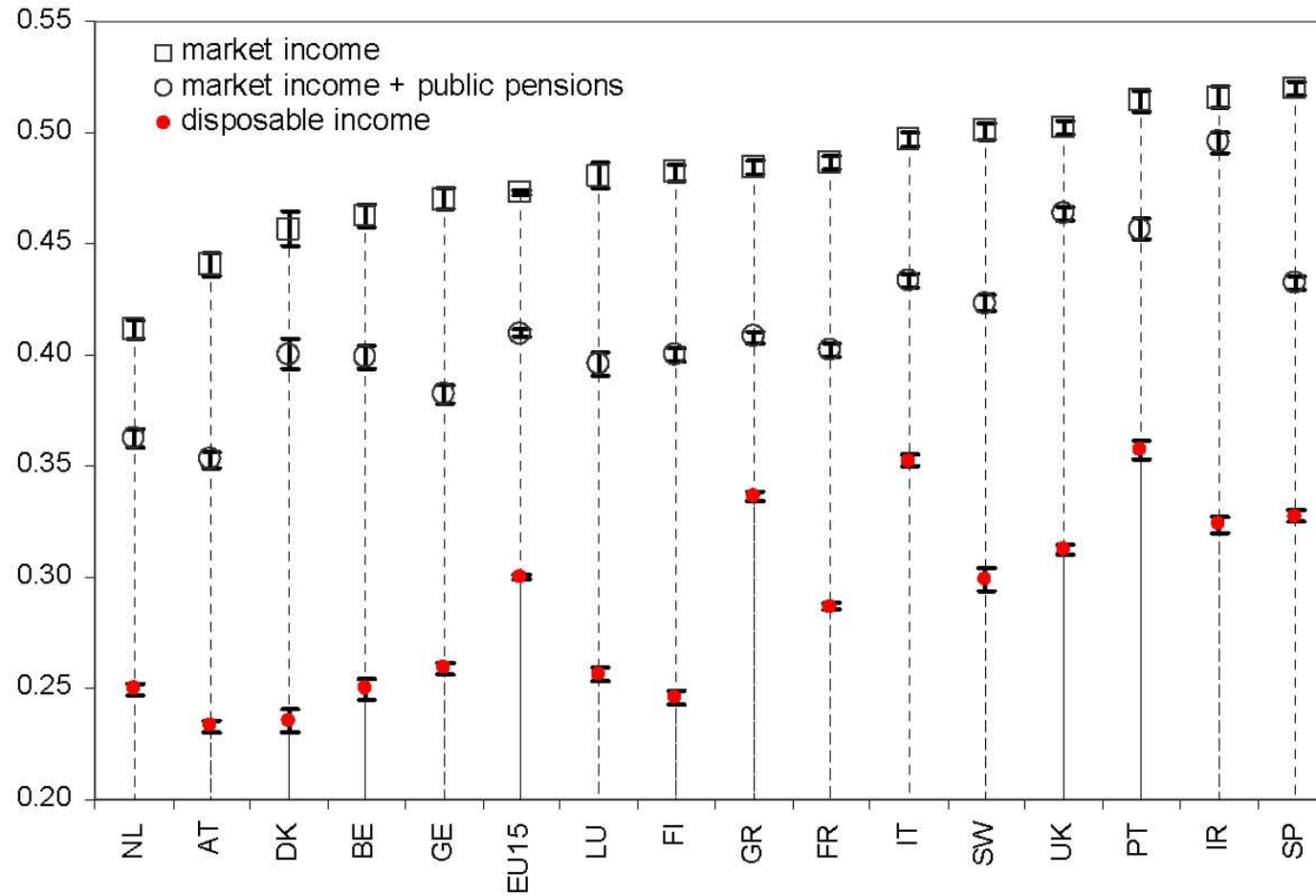


Reallohnentwicklung in den USA gefilterte Zeitreihe



Quelle: OECD, Economic Outlook DB, eigene Berechnungen

Figure 4: Income inequality 1998 (Gini coefficient)



Source: EUROMOD Countries are ranked by market income inequality

Note: The statistical reliability of the estimates is shown using confidence intervals that have been constructed to be significant at the 5% level: i.e. +/- 1.96 * estimated standard error.